

## Mitgliederinformation zum Gespräch des Vorstands des **hlb**Hessen mit dem wissenschaftspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag am 10.6.2021



Im Mittelpunkt des Gesprächs des Vorstands des **hlb**Hessen mit Andreas Hofmeister, dem wissenschaftspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, und Philipp Breiner, parlamentarischer Referent für Bildungspolitik und Hochschulen, stand der Referentenentwurf des neuen Hessischen Hochschulgesetzes. Von

Seiten des **hlb**Hessen-Vorstands waren Prof. Dr. Jozo Acksteiner (Hochschule Fulda), Prof. Dr. Klaus Behler (TH Mittelhessen), Prof. Dr. Georg Böhm (Hochschule RheinMain), Prof. Dr. Benedikt Model (TH Mittelhessen), Prof. Dr. Kawa Nazemi (Hochschule Darmstadt) und Prof. Dr. Steffen Reichmann (Hochschule für Polizei und Verwaltung) bei der Online-Diskussion mit dabei.

„Das grundsätzliche Problem bei der Gestaltung des neuen Hessischen Hochschulgesetzes ist, dass mit denselben bescheidenen Ressourcen Verbesserungen erreicht werden sollen“, machte Prof. Dr. Klaus Behler, Vorsitzender des **hlb**Hessen, deutlich. „Das kann aber nicht funktionieren. Investitionen sind dringend nötig.“ Neue Ansätze wie die Schaffung von Tandemprofessuren an den HAW und die Einführung der neuen Personalkategorie „Hochschuldozentur“ als alternativer Karriereweg für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihren Fokus auf die Lehre legen möchten, sieht der **hlb**Hessen als wenig hilfreich an, wenn es darum gehe, die Motivation zur Annahme einer Professur an einer HAW zu erhöhen. „Bei der Tandemprofessur gibt es gleich mehrere Probleme. So ist es vermutlich sehr schwierig, überhaupt eine Firma zu finden, die eine entsprechende Person in Teilzeit auf verantwortlichen Positionen und gleichzeitig im Sinne einer erweiterten Praxisphase beschäftigt, wenn diese das Unternehmen in drei Jahren ohnehin verlässt. Doch noch viel wichtiger: Die Berufspraxis, die auf diese Weise – wenn überhaupt – erworben werden kann, erreicht höchstens 20 Prozent der Berufserfahrung eines ordentlich berufenen Professors oder einer ordentlich berufenen Professorin. Auf diese Weise wird das eigentliche Alleinstellungsmerkmal der HAW, nämlich die berufliche Erfahrung ihrer Professorinnen und Professoren als Basis einer praxisnahen Lehre grundsätzlich ausgehebelt“, so Behler. Die Verbesserung der Rahmenbedingungen durch Anpassung der Deputate und den Aufbau eines akademischen Mittelbaus, die Berücksichtigung der Berufserfahrung als Grundlage der W-Besoldung oder die Vereinbarung von Anfangsprojekten, z. B. gemeinsam mit dem bisherigen Arbeitgeber, seien hier viel zielführender.

Das Thema der zu hohen Deputate spielte auch bei weiteren Kritikpunkten eine wichtige Rolle, wie Professor Böhm ausführte. Zahlreiche neue, sicherlich gerechtfertigte Aufgaben, die in dem Gesetz aufgeführt seien, führten zu einem noch höheren Verwaltungsaufwand

und zu einer weiteren Belastung der Professorenschaft – zulasten der zentralen Aufgaben wie der Lehre. Definitiv zu wenig berücksichtigt werde in dem neuen Gesetzesentwurf die Forschung an den HAW – ein Aspekt, den Prof. Nazemi und Prof. Acksteiner aufgriffen. „Wer an den HAW Forschung betreiben möchte, muss dies in seiner Freizeit tun“, so ihre Erfahrung. „Und ohne Forschungsmöglichkeiten sinkt auch die Lehre auf ein schulisches Niveau.“ Diese Gefahr werde auch dadurch verstärkt, dass häufig die Zeit fehle, um überhaupt die Kenntnisse in den jeweiligen Fächern auf den neuesten Stand zu bringen, ergänzte Prof. Model.

Hofmeister, der die Fachhochschulen aus der Zeit seines Studiums zum Diplom-Ingenieur an der FH Frankfurt kennt, hob als Vertreter der Regierungskoalition hervor, dass Hessen weiter ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der Hochschulen lege. Als Beispiele führte er den neuen Hochschulpakt 2021-2025 sowie die Fortschreibung des Bauprogramms HEUREKA an. Der vorliegende Referentenentwurf des HHG biete verschiedene wichtige Setzpunkte für eine weiter erfolgreiche Entwicklung der hessischen Hochschullandschaft. Die Weiterentwicklung der HAW und auch die dort praktizierte angewandte Forschung unterstütze man sehr. Ein Beispiel dafür sei das Promotionsrecht für die HAW, eine Entscheidung, die bundesweit mit Respekt betrachtet werde. Für die Themen Tandemprofessur und Hochschuldozentur habe man durchaus positive Rückmeldungen aus den Hochschulen erhalten. Das Thema höherer Verwaltungsaufwand habe man jedoch durchaus im Auge. „Der Referentenentwurf wird sicherlich noch Veränderungen erfahren“, so Hofmeister mit Blick auf die erwarteten Stellungnahmen der betroffenen Institutionen und Verbände. Auch der **hlb**Hessen wird seine Stellungnahme bis zum 30. Juni 2021 einreichen. Bei Bedarf stehe er auch gerne für ein weiteres Gespräch zur Verfügung.

Prof. Dr. Steffen Reichmann von der HfPV nutzte das Gespräch, um die Position der Dozenten seiner Hochschule zu der geplanten Fusion mit der Hessischen Polizeiakademie (HPA) zu schildern, die der Fachbereich Verwaltung ebenso wie der Senat und andere Gremien ablehnen. Hofmeister und seine Partei unterstützen das Zusammengehen jedoch und versprechen sich davon, die Chance zur Nachwuchsgewinnung für Polizei und Verwaltung nachhaltig zu stärken sowie Wissenschaft und Praxis enger miteinander zu verzahnen. Er plädierte hinsichtlich der Diskussion zu der neuen Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit (HöMS) für mehr Sachlichkeit und weniger Emotionalität und verwies auf die offizielle Anhörung am 15. Juli, an der der **hlb**Hessen teilnehmen wird und der HfPV mit einem eigenen Sachverständigen vertreten sein wird.